



Nr. 2

17. Januar 2025

Inhalt

dbb frauen / dbb senioren

[9. Altersbericht der Bundesregierung: Pflege darf nicht arm machen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Austausch mit Vorsitzenden des Finanzausschusses:
Auf steigenden Personalbedarf zweigleisig reagieren](#)

Thüringen

[Haushaltsplan 2025: Finanzdeckung der Personalkosten
weiter ungeklärt](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) / dbb berlin

[Karlsruhe billigt Gebührenregelung bei Hochrisikospielen der
Bundesliga](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Zahlen zu Studienabbrüchen im Lehramt entlarven Mythos
„Praxisschock Referendariat“](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Liebel im Gespräch mit Bundestagsabgeordnetem Bruno Hönel](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb frauen / dbb senioren

9. Altersbericht der Bundesregierung: Pflege darf nicht arm machen

Mit einer steigenden Zahl von Älteren, steigt auch die Zahl der von Armut betroffenen. Diese sind mehrheitlich Frauen. Die dbb frauen und die dbb senioren fordern zügiges Handeln.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, kritisierte am 9. Januar 2025 die aktuelle Entwicklung: „Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis von Jahrzehnten ungleicher Chancenverteilung. Wir brauchen endlich ein Rentensystem, das Sorgearbeit wertschätzt und nicht bestraft. Pflege darf nicht arm machen.“ Frauen tragen weiterhin das größte Risiko, im Alter von Armut betroffen zu sein. Ungleiche Entlohnung, unterbrochene Erwerbsbiografien durch Sorgearbeit und systematische Benachteiligung führen dazu, dass Frauen oft nur geringe Rentenansprüche haben. „Es ist höchste Zeit, dass wir Frauen in der Pflege systematisch entlasten“, appellierte die dbb frauen Chefin. „Der Altersbericht stellt fest, dass die Familienpflegezeit dringend mit Lohnersatzleistungen ausgestattet werden muss – das fordern wir schon seit Jahren. Und zwar so, dass diese auch wirklich existenzsichernd sind.“ Der neunte Altersbericht der Bundesregierung trägt den Titel „Alt werden in Deutschland - Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen“ und wurde am 8. Januar 2025 vom BMFSFJ vorgestellt.

Laut dem neuen Bericht wirkt sich unter anderem das Ehegattensplitting negativ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen aus. Kreutz weiter: „Das Ehegattensplitting verfestigt ein Modell, das Frauen in Teilzeitjobs oder in die wirtschaftliche Abhängigkeit drängt und gehört endlich auf den Prüfstand. Wer heute an überholten Steuerprivilegien festhält, nimmt billigend in Kauf, dass Frauen im Alter arm bleiben.“ Am Ende mache es die Mischung, um die Altersarmut zu bekämpfen: „Wir brauchen einen Mix aus staatlicher Unterstützung, flexiblen Arbeitsmodellen und professionellen Diensten, um Frauen vor Überlastung zu schützen und sie im Alter finanziell sicher aufzustellen.“ Neben der demografischen Entwicklung und einer Prognose der Zunahme der Zahl Pflegebedürftiger auf bis zu 7,6 Millionen im Jahr 2055 konzentriert sich die Studie auf Diversität.

Ältere Menschen leben in Deutschland so vielfältig wie nie zuvor, bringen sich ein und sind aktiv bis ins hohe Alter. Allerdings müssen sie teils hohe Hürden überwinden, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, mahnt Horst-Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb

bundesseniorenvertretung: „Die derzeitige Sozialgesetzgebung, etwa die Regelungen zur Altenhilfe SGB XII, ist nicht dazu geeignet, gesellschaftliche Teilhabe Älterer zuverlässig zu ermöglichen. Dass der Altersbericht hier Reformen hin zu verbindlichen sozialen Standards und einer verlässlichen finanziellen Grundlage fordert, eröffnet Chancen auf mehr Generationengerechtigkeit.“

Der Bericht zeigt, dass Teilhabechancen sozial ungleich verteilt sind. Es bedarf besonderer Aufmerksamkeit, um gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe für alle älteren Menschen sicherzustellen. Klitzing betonte, dass das Schwerpunktthema Ageismus ein echter Gewinn für den Altersbericht sei. „Auf die oft versteckten kleinen Altersdiskriminierungen im Alltag hinzuweisen, schärft hoffentlich den Blick einer breiteren Öffentlichkeit. Ageismus findet an Supermarktkassen, im Straßenverkehr, bei Behördengängen und überall da statt, wo sich Alte und Junge begegnen. Die dbb bundesseniorenvertretung fordert deshalb schon seit langem, das Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum wie in der digitalen Welt konsequent zu durchdenken und umzusetzen.“

Alt werden in Deutschland sollte bedeuten, das Leben so lange wie möglich nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Die scheidende Bundesseniorenministerin Lisa Paus sagte bei der Vorstellung des Berichts, dass es wichtig sei, das Erreichte in den kommenden Jahren weiter auszubauen. „Wer die materielle Lage Älterer verbessern will, sei es bei Rente, Gesundheitsversorgung oder Pflege, muss unbedingt berücksichtigen, dass er damit Jüngeren zukünftig Lasten zumutet“, so Klitzing.

Hintergrund:

Seit 1993 wird je Legislaturperiode ein Bericht zur Lage der Älteren in Deutschland veröffentlicht. Der jetzt vorgelegte Neunte Altersbericht hat als seniorenpolitisches Schwerpunktthema die Vielfalt der Lebenssituationen und die Teilhabemöglichkeiten von älteren Menschen in den Mittelpunkt gerückt. Der Bericht beleuchtet die Lebensbereiche materielle Sicherheit, Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Gesundheit, Wohnen, Engagement, politische Beteiligung und soziale Beziehungen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Austausch mit Vorsitzenden des Finanzausschusses: Auf steigenden Personalbedarf zweigleisig reagieren

Christian Dirschauer ist der neue Vorsitzende des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Zudem hat er den Fraktionsvorsitz des SSW übernommen. Beim Antrittsbesuch des dbb schleswig-holstein ging es um den Austausch zu aktuellen Fragen des öffentlichen Dienstes.

Der dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp machte am 15. Januar 2025 den dringenden Handlungsbedarf bei der Deckung des Personalbedarfs deutlich: Bereits jetzt sind viele Stellen unbesetzt und die Situation wird sich in den nächsten Jahren infolge anstehender Ruhestandswellen erheblich verschärfen. „Aus Sicht des dbb sh bleibt gar nichts anderes übrig als zweigleisig zu reagieren: Erstens müssen die Einkommens- und Arbeitsbedingungen so attraktiv und konkurrenzfähig sein, dass Personal gewonnen und gebunden werden kann; Zweitens muss dauerhaft und entschieden an Entlastungen bei Verwaltungsstrukturen und -abläufen gearbeitet werden.“

Die Gesprächspartner waren sich einig, dass ein zuverlässiger öffentlicher Dienst ein wesentlicher Beitrag für die Akzeptanz des Staates und unserer Staatsform ist. Diese Überzeugung wird auch durch den aktuellen vom dbb vorgelegten „Monitor öffentlicher Dienst 2025“

gestützt, der neben Fakten zur Entwicklung des Personalbestandes und der Bezahlung auch besorgniserregende Umfrageergebnisse zum Bild des öffentlichen Dienstes in der Bevölkerung beinhaltet.

Gegenstand der Erörterung mit Christian Dirschauer waren auch vorgesehene Maßnahmen zur Verhinderung der Einstellung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst, die Situation bei Überstundenzuschlägen, die für die Beschäftigten zunehmend belastende Ungewissheit bezüglich der verfassungskonformen Alimentation und die dbb-Positionen zum Versorgungsfonds sowie zum Beihilfe-Selbstbehalt. Vereinbart wurde, dass nach Abschluss der anstehenden Einkommensrunde, an der der dbb auch als Tarifvertragspartei beteiligt ist, erörtert wird, welche Entwicklungen daraus für den Beamtenbereich abgeleitet werden können.

Thüringen

Haushaltsplan 2025: Finanzdeckung der Personalkosten weiter ungeklärt

Eine Lücke von 150 Millionen Euro klafft im Budget für Personalausgaben des Jahres 2025. Darauf hat der tbb am 13 Januar 2025 hingewiesen.

Bereits im Oktober 2024 schlug der tbb Alarm: Der Entwurf des Haushaltsplans 2025 unter der Verantwortung der Vorgänger-Regierung ließ zentrale Fragen zur Finanzierung der Personalkosten offen. Die damalige Thüringer Finanzministerin Heike Taubert wies die Ministerien an, die Hälfte der tariflich vereinbarten Tarifsteigerungen eigenständig zu decken – ein Vorgehen, das bereits damals auf Skepsis stieß.

Der Thüringer Rechnungshof unterstützt in seiner jüngsten Pressemitteilung die Bedenken des tbb und spricht von einer „Unterveranschlagung der Personalausgaben“. Die Konsequenzen könnten gravierend sein. Beförderungen und Höhergruppierungen stehen vor erheblichen Herausforderungen. Ministerien mit besonders hohen Personalkosten, etwa Justiz und Polizei, sehen sich angesichts begrenzter Einsparmöglichkeiten möglicherweise gezwungen, Stellen unbesetzt zu lassen. Eine solche

Vorgehensweise berge das Risiko, die Funktionsfähigkeit der Verwaltungen erheblich zu beeinträchtigen.

Während die neue Landesregierung ihre ersten 100 Tage bestreitet, setzt der tbb auf klare

Forderungen, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern und die Leistung der Beschäftigten angemessen zu würdigen. Dazu zählen unter anderem eine Dienstrechtsreform, Digitalisierung so wie der Schutz der Beschäftigten vor Gewalt.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) / dbb berlin

Karlsruhe billigt Gebührenregelung bei Hochrisikospiele der Bundesliga

Die DPOIG hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei Hochrisikospiele im Profi-Fußball begrüßt. Die DPOIG hatte sich seit vielen Jahren dafür eingesetzt, dass die Profiligen sich durch eine „Sicherheitsgebühr“ an den immensen Polizeikosten beteiligt und dies nicht allein dem Steuerzahler aufgebürdet wird.

Nachdem das Bundesland Bremen eine entsprechende Regelung getroffen und gesetzlich verankert hatte, hatte das Bundesverwaltungsgericht dies für rechtmäßig erachtet. Jetzt hat das Bundesverfassungsgericht eine endgültige Entscheidung getroffen und die Gebührenpraxis bestätigt. Heiko Teggatz, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPOIG und dbb Vize, zeigte sich daher am 14. Januar 2025 mit dem Urteil zufrieden: „Es kann nicht sein, dass jeder Bürger für kleinste Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung mit teilweise drastischen Gebühren zur Kasse gebeten werden, aber die milliarden schwere DFL die Arbeit zehntausender Polizeikräfte geschenkt bekommt. Eine angemessene Beteiligung an den Kosten über eine Gebühr ist deshalb richtig und notwendig, damit den Einsatzkräften dieses Geld auch wieder zugutekommen kann.“

Den Aufwendungen des Staates in Höhe von mehr als 130 Millionen stehen mehrere Milliarden Einnahmen bei der Deutschen Fußballliga (DFL) gegenüber. Die nationale Medienerlöse der DFL steigen ab 2025/26 auf 1,121 Milliarden Euro pro Saison. In der Saison 2022/23 hatten Bundesliga und 2. Bundesliga beim Umsatz die Fünf-Milliarden-Euro-Marke übersprungen. Der Gesamterlös betrug 5,24 Milliarden Euro. Das geht aus dem DFL Wirtschafts-

report 2024 hervor. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Kusterer, der in der mündlichen Verhandlung als „Sachverständiger Dritter“ Stellung bezogen hatte und auch bei der Urteilsverkündung in Karlsruhe anwesend war, fügt hinzu, dass jetzt auch die anderen Bundesländer eine entsprechende Regelung schaffen müssen: „Das könnte man niemandem erklären, dass es eine solche Gebühr nur in Bremen geben soll. Die Einnahmen daraus müssen unmittelbar der Polizei und den Sicherheitsbehörden zugutekommen.“

Der dbb berlin hat im Zusammenhang mit dem Urteil die berliner Innensenatorin Iris Spranger scharf kritisiert und ihr vorgeworfen, die Interessen der Steuerzahler zugunsten der Profifußballindustrie zu opfern. Hintergrund ist Sprangers Ablehnung, die Deutsche Fußball Liga (DFL) und Vereine an den immensen Kosten für Polizeieinsätze bei Hochrisikospiele zu beteiligen. „Es ist nicht einzusehen, warum bei knappen öffentlichen Kassen der Steuerzahler die erhöhten Kosten von Risikospiele bezahlen soll, während die DFL damit Geld verdient“, erklärt Frank Becker, Vorsitzender des dbb berlin. Angesichts der angespannten Berliner Haushaltslage sei es absolut überfällig, die Vereine in die Pflicht zu nehmen.

Deutscher Philologenverband (DPPhV) **Zahlen zu Studienabbrüchen im Lehramt entlarven Mythos „Praxisschock Referendariat“**

Die aktuellen Zahlen des „Lehrkräftetrichters“ vom Stifterverband entkräften nach Einschätzung des Deutschen Philologenverbands (DPPhV) die gängige Annahme, dass ein vermeintlich zu hartes Referendariat, also der Vorbereitungsdienst, besonders viele angehende Lehrkräfte verschrecken würde.

Die Analyse aus den Daten des Statistischen Bundesamts und der Kultusministerkonferenz zeigen, dass bei jährlich durchschnittlich rund 47.400 Studieneinsteigenden im Lehramt nur 27.800 die erste Phase erfolgreich abschließen. Das entspricht einem Verlust von rund 41 Prozent. Im Referendariat hingegen liegt die Abbruchquote lediglich bei 5 Prozent.

Die DPPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte dazu am 15. Januar 2025: „Der immer wieder beschriebene außerordentliche ‚Praxisschock‘ sowie besonders hohe Abbruchquoten im Referendariat sind ein Mythos! Die Abbruchquoten der Referendare und Referendarinnen im Vorbereitungsdienst sind konstant niedrig. Das deckt sich auch mit unseren Erfahrungen. Es entbehrt jeder statistischen Grundlage, die Verantwortung für den Lehrkräftemangel einem vermeintlich zu hartem Referendariat in die Schuhe zu schieben. Natürlich ist das Referendariat eine herausfordernde, aber eben auch eine wertvolle Ausbildungszeit. Damit diese so gewinnbringend wie möglich genutzt werden kann, treten wir nach

wie vor für ein 24-monatiges Referendariat und gegen ein überlanges Studium ein. Leider ist dies in vielen Bundesländern geradezu konterkariert worden. Die Studienzeiten wurden verlängert und das Referendariat dafür fast überall fahrlässig verkürzt – außer in Bayern und in Hessen. Dort wird erfreulicherweise an einem 24- bzw. 21-monatigen Vorbereitungsdienst festgehalten.“

Lin-Klitzing weiter: „Die vielen Studienabbrecher geben zu denken. Aber es liegt auch in der Natur der Sache, dass sich junge Menschen gelegentlich neu orientieren. Die Universitäten sollten allerdings dringend darum bemüht sein, die Studienbedingungen für Lehramtsstudierende zu verbessern. Oberstes Anliegen der Finanz- und Kultusministerien muss es darüber hinaus sein, gut ausgebildete Lehrkräfte im System zu halten, sprich: die Rahmenbedingungen zu verbessern. Das wäre die beste Werbung für den Beruf und würde sicher auch viele Studierende zusätzlich motivieren, in mancher Durststrecke durchzuhalten.“

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft **Liebel im Gespräch mit Bundestagsabgeordnetem Bruno Hönel**

Die Zoll-Strategie 2030, die Finanzierungsgrundlagen für die wachsenden Aufgaben des Zolls sowie die bevorstehende Bundestagswahl im Mittelpunkt: Über diese Themen hat der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel mit Bruno Hönel, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und Zoll-Berichterstatter seiner Fraktion, geführt.

Liebel stellte die Sicht des BDZ zur Zoll-Strategie 2030 dar, die aus gewerkschaftlicher Sicht Ansätze bietet, den Zoll schlagkräftiger zu machen, ohne ihn zu zersplittern und unnötige Schnittstellen sowie Doppelstrukturen aufzubauen. Er kritisierte jedoch, dass die ambitionierten Maßnahmen häufig mit unzureichenden Mitteln hinterlegt seien: „Wir sehen ehrgeizige Ziele, aber eine unklare Finanzierung“, sagte Liebel gegenüber dem Abgeordneten, der auch Mitglied im Haushaltsausschuss ist. Nur ein Beispiel dafür sei die angekündigte Digitalisierungsoffensive als zentraler Baustein

der Strategie, die jedoch die Einführung moderner IT-Infrastrukturen voraussetze.

Hönel stimmte den Bedenken zu und betonte, dass der Haushaltsausschuss stärker darauf achten müsse, dass Reformen wie die Zoll-Strategie nicht nur organisatorische Umstrukturierungen, sondern auch durch nachhaltige Investitionen in Personal und Sachmittel begleitet werden. Er fügte hinzu, dass der Entwurf des Wahlprogramms der Grünen zur Bundestagswahl explizit darauf abstellt, den Arbeits-

aufwand bei Verwaltungsprozessen durch Modernisierung, Automatisierung und Einsatz von KI zu reduzieren. Die Grünen befürworten eine bundesweit ineinandergreifende IT-Architektur, von der auch die Einnahme- und Sicherheitsverwaltung des Zoll profitieren würde. In diesem Punkt ergab sich eine Schnittmenge zum Standpunkt Papier des BDZ zur Bundestagswahl, das Liebel dem Bundestagsabgeordneten im Einzelnen vorstellte.

Weitere Themen des Gesprächs betrafen die aktuellen zollpolitischen Schwerpunkte der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität (OK)

und Geldwäsche sowie die Herausforderungen für Steuer- und Produktsicherheitskontrollen angesichts des boomenden E-Commerce und der Diskussion um die strengere Regulierung von großen Online-Handelsplattformen. Einigkeit bestand hinsichtlich der Notwendigkeit der besseren Vernetzung aller beteiligten Behörden und eines schlagkräftigeren Zolls. Auch in diesen Bereichen macht das Wahlprogramm der Grünen verschiedene Vorschläge. Der BDZ wird die einschlägigen zollpolitischen Positionen der verschiedenen Parteien ausführlich in der kommenden Ausgabe des BDZ-Magazins darstellen.

Namen und Nachrichten

Digitalisierung, gesetzliche Regelungen und das steigende Risiko von Cyberangriffen setzen Behörden des öffentlichen Dienstes unter Druck. Darüber sprach der Vorsitzende des

dbb bremen Olaf Wietschorke am 16. Januar 2025 mit Sarah Ryglewski, Staatsministerin im Bundeskanzleramt. Auch die „stockende“ Digitalisierung wurde thematisiert.

Termine:

24. Januar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

17. - 18. Februar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de